

5777/J XX.GP

## ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Khol  
und Kollegen  
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
betreffend Versagen des AMS Wien

Die Anzahl der Notstandshilfebezieher steigt in Wien stetig an. Im Dezember 1997 hatte Wien 33.057 Notstandshilfebezieher zu verzeichnen, im September 1998 37.959. Österreichweit gab es im September 1998 92.364 Notstandshilfebezieher. Der Anteil Wiens an den Notstandshilfebeziehern betrug 41,09 %. Dieser Prozentsatz ist weit überproportional, da Wien nur 19% Bevölkerungsanteil an der Gesamtbevölkerung Österreichs hat. Im Bereich der Arbeitslosengeldbezieher wies Wien im September 1998 24.080 Bezieher auf, in Gesamtösterreich waren 87.602 zu verzeichnen. Der Anteil Wiens an den Arbeitslosengeldbeziehern betrug somit 27,48 % von Gesamtösterreich. Der Anteil Wiens an Arbeitslosengeldbeziehern ist zwar ebenso höher als der Bevölkerungsanteil Wiens in bezug auf Gesamtösterreich, er ist aber bei weitem nicht so überhöht wie im Bereich der Notstandshilfe. Dieser Befund läßt den Schluß zu, daß das AMS Wien zu Lasten der Arbeitslosenversicherungsbeitragszahler und zugunsten des Landes Wien Notstandshilfe zuerkennt, um das Budget Wiens zu entlasten. Eine vorsichtige Hochrechnung beziffert diese Umverteilung zu Lasten der Arbeitslosenversicherungsbeitragszahler und zugunsten Wiens mit fast 1,6 Mrd. Schilling pro Jahr. Diese Berechnung resultiert aus folgenden Annahmen: wenn Wien den gleichen Anteil von Notstandshilfebeziehern hätte wie im österreichischen Durchschnitt, wären dies 19.719 statt 37.959 ein Minus von 18.240. Nimmt man nun für diese 18.240 Notstandshilfeempfänger die durchschnittliche Notstandshilfehöhe von S 7.200,- pro Monat an, so ergibt das Einsparungen von 131,328.000 Mio. S pro Monat. Dies ergibt einen Umverteilungseffekt von 1,576 Mrd. pro Jahr zu Lasten der Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung. Um diese Summe könnte man den Arbeitslosenversicherungsbeitrag senken und damit Arbeitgeber und Arbeitnehmer entlasten.

Das Versagen des AMS Wien ist aber auch im Kampf gegen den Mißbrauch von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe dadurch belegbar, daß Wien zwar 41,09 % aller Notstandshilfebezieher und 27,48 % aller Arbeitslosengeldbezieher aufweist, bei der Verhängung von Sanktionen jedoch nur einen Anteil von

13,5 %. Oberösterreich hingegen hat bloß einen Anteil von 13,4 % an Arbeitslosengeldbeziehern und von 9,7 % an Notstandshilfebeziehern österreichweit. Bei den Sanktionen für Mißbräuche im Bereich des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe hat Oberösterreich hingegen einen Anteil von über 22 %. Diese Zahlen sprechen für sich und machen es notwendig, daß die zuständige Bundesministerin möglichst rasch Maßnahmen setzt, um das AMS Wien zu einer analogen Vorgangsweise, wie dies bereits in Oberösterreich der Fall ist, zu bringen.

Eine Gesamtübersicht der Arbeitslosen - bzw. Notstandshilfebezieher in Österreich zeigt im September 1998 folgendes Bild:

BL	Bev.abs.	Bev.%	ALO %	NH %	Sanktionen
Bgld.	276.000	3,41 %	2,76 %	2,38 %	3,24 %
Kärnten	564.000	6,98 %	7,74 %	6,10 %	7,82 %
NÖ	1.530.000	18,95 %	16,26 %	15,98 %	19,96 %
OÖ	1.378.000	17,07 %	13,44 %	9,69 %	22,03 %
Sbg.	511.000	6,33 %	6,38 %	2,42 %	6,26 %
Stmk.	1.206.000	14,94 %	13,53 %	16,33 %	15,36 %
Tirol	662.000	8,23 %	8,24 %	3,48 %	9,09 %
Vbg.	345.000	4,27 %	4,17 %	2,53 %	3,54 %
Wien	1.600.000	19,82 %	27,48 %	41,09 %	12,70 %
<b>GESAMT</b>	<b>8.072.000</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales folgende

**Anfrage:**

- Was werden Sie unternehmen, um die Praxis des AMS Wien abzustellen, wonach Sozialhilfefälle in der Notstandshilfe verbleiben und damit den Beitragszahlern fast 1,6 Mrd. Schilling Kosten pro Jahr entstehen?
- Welche Maßnahmen werden Sie setzen, damit das AMS Wien in der Sanktionspraxis gegenüber dem Mißbrauch von Arbeitslosengeld und

Notstandshilfe sich dem Vorbild des AMS Oberösterreich annähert und somit gleiche Einsparungen für den Beitragszahler wie dieses erzielt?

3. Stimmen die Berechnungen, daß nach einem durchschnittlichen Funktionieren des AMS Wien so wie in den anderen Bundesländern, der Arbeitslosenversicherung fast 1,6 Mrd. S pro Jahr mehr zur Verfügung stehen würden?
4. Um wieviel Prozentpunkte könnte man sodann den Arbeitslosenversicherungsbeitrag senken und damit die Beitragszahler - Arbeitnehmer und Arbeitgeber - entlasten?